



kibesuisse

Einschätzung von kibesuisse: Aktuelle Probleme und Herausforderungen

In der Schweiz liegt die familienergänzende Bildung und Betreuung in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden. Damit ist die Branche durch eine grosse Heterogenität gekennzeichnet. Dies trifft nicht nur in Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben zu, die in den einzelnen Kantonen und Gemeinden gelten. Einige Kantone wie [Luzern](#) oder [Uri](#) haben aktuell noch keinen gesetzlichen Auftrag und erst in diesem Jahr ein von Grund auf neues Kinderbetreuungsgesetz, das die Förderung und Finanzierung der familienergänzenden Bildung und Betreuung kantonal regeln soll, in die Vernehmlassung geschickt.

Grosse kantonale und kommunale Unterschiede

Konkret wird die Heterogenität auch deutlich in den Qualifikationsanforderungen und Finanzierungsmodellen, die sich aus diesen gesetzlichen Regelungen ableiten. Das erklärt, weshalb es beispielsweise auf die vermeintlich einfache Frage nach den durchschnittlichen Kosten für einen Betreuungsplatz in der Schweiz keine einfachen Antworten gibt. Dies hat eine [Studie der Credit Suisse](#) aus dem Jahr 2021 nachgewiesen, welche die Betreuungskosten schweizweit verglichen hat. Die günstigsten Elterntarife finden sich im Durchschnitt in den Westschweizer Kantonen Genf und Neuenburg. In den meisten Zentralschweizer Kantonen sowie in Basel-Land, Zürich und Solothurn müssen berufstätige Eltern dagegen am tiefsten in die Tasche greifen. Diese Unterschiede sind auf kommunaler Ebene noch viel ausgeprägter: Je nach Wohnort zahlt eine Familie mit mittlerem Einkommen bis zu fünfmal mehr für die familienergänzende Bildung und Betreuung.

«Das ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich»: Kein Wunder, dass kibesuisse diese in der Schweiz so beliebte Antwort sogar noch zuspitzen muss – und zwar in «Das ist von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich». In einer aktuellen, schweizweit durchgeführten [Umfrage des Verbandes](#) haben 30 Prozent der Kitas angegeben, dass das in der Gemeinde beziehungsweise im Kanton jeweils gültige Finanzierungsmodell kein kostendeckendes Arbeiten erlaubt.

Zu wenige vs. zu viele Betreuungsplätze

Daher ist es klar, dass sich für kibesuisse aufgrund dieser Heterogenität viele Herausforderungen ergeben. Teilweise sind diese sogar gegensätzlicher Natur: Während in vereinzelt urbanen Gebieten ein Überangebot an Betreuungsplätzen vorkommt, etwa in den Städten Zürich und Bern, fehlen im Kanton Freiburg gemäss einer [Erhebung der kantonalen Direktion für Gesundheit und Soziales](#) von Juli 2024 rund 6200 Betreuungsplätze.

Allerdings gibt es auch hier grössere Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken im Kanton: Die Spannweite reicht von knapp 50 bis zu 84 Prozent des Bedarfs, der abgedeckt wird. Bis 2030 müssen die Gemeinden aufgrund des steigenden Bedarfs nach familienergänzender Bildung und Betreuung zusätzlich rund 1400 Plätze schaffen, allein um den Deckungsgrad halten zu können. Dieser Ausbau erfordert auch mehr Personal: Bis 2030 werden die Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung 1700 weitere Fachpersonen anstellen müssen.

Druck aus dem Nachbarkanton

Ein Abbau an Betreuungsplätzen droht dagegen im Kanton Basel-Landschaft, nachdem der benachbarte Kanton Basel-Stadt per 1. August 2024 sein Massnahmenpaket zur Unterstützung der familienergänzenden Bildung und Betreuung in Kraft gesetzt hat. Die Massnahmen umfassen unter anderem bessere Löhne für die Betreuungspersonen, eine höhere Betreuungsqualität sowie tiefere Elterntarife. Neu zahlen alle Familien, unabhängig von ihrem Einkommen, monatlich maximal 1600 Franken pro Kind. Damit übernimmt der Kanton Basel-Stadt eine Vorreiterrolle, was kibesuisse explizit begrüsst.

Doch des einen Freud ist des anderen Leid: Infolge dieses Massnahmenpakets sind zahlreiche Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung massiv unter Druck geraten. Der akute und allgegenwärtige Fachkräfte- und Personalmangel verschärft sich, weil Betreuungspersonen Richtung Basel-Stadt abwandern. Da es die Eltern ebenfalls in die Stadt zieht, mussten einzelne Kitas im Baselbiet bereits schliessen (vgl. [SRF-Beitrag](#)). Derweil soll das Projekt zur Weiterentwicklung der familien- und schulergänzenden Bildung und Betreuung des Kantons Basel-Landschaft erst 2027 in Kraft treten. Das ist zu spät: Die Mehrheit der Organisationen der familienergänzenden Bildung und Betreuung würde bis dahin in existenzielle Nöte geraten – oder gar nicht mehr existieren. Deshalb hat kibesuisse den Kanton Basel-Landschaft in einer [Medienmitteilung](#) dazu aufgefordert, den Termin vorzuziehen und eine Taskforce zur Umsetzung von Sofortmassnahmen zu bilden.

Es verlieren alle – vor allem aber die Kinder

Unter dieser Lose-Lose-Situation leiden alle: die Trägerschaften, weil sie Betreuungsplätze abbauen, Öffnungszeiten reduzieren oder gar ganz schliessen müssen; die Kitaleitungen, weil sie die Stellen nicht besetzen können; die Betreuungspersonen, weil der Druck zunimmt und sie schliesslich aus dem Beruf aussteigen; die Eltern, weil sie keine Betreuung für ihre Kinder finden und dadurch auf die Erwerbstätigkeit oder Ausbildung verzichten müssen. Die primären Leidtragenden sind aber ganz klar die Kinder – ein Armutszeugnis für das sogenannte Bildungsland Schweiz.

Das Wohl der Kinder und ihre positive Entwicklung sind die oberste Richtschnur von kibesuisse. Deshalb setzt sich kibesuisse unermüdlich ein, damit trotz der grossen Unterschiede dem Kindeswohl in allen Kantonen und Gemeinden Rechnung getragen wird. Besten Dank!